

Nichts Neues zum Bereitschaftsdienst Prioritäten der slowenischen Ratspräsidentschaft in der Gesundheitspolitik

Seit dem 1.1.2008 hat mit Slowenien erstmals ein neuer Mitgliedstaat die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Slowenien wird damit im ersten Halbjahr 2008 die zusammen mit Deutschland und Portugal gebildete „Triopräsidentschaft“ mit ihren Prioritäten fortführen.

Die Schwerpunkte der drei Länder in der EU-Gesundheitspolitik waren im Rahmen des 18 Monate umfassenden Programms entwickelt worden. Sie beinhalten den Bereich der Gesundheitsförderung durch Unterstützung eines gesunden Lebensstils (vor allem Ernährung und Bewegung), Prävention und Kontrolle bei übertragbaren Krankheiten wie HIV/AIDS, Innovationen in der Gesundheitsfürsorge sowie den Zugang zu Gesundheitsdiensten.

Slowenien möchte dabei auf die Bekämpfung von Krebs einen besonderen Schwerpunkt legen. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund, dass Krebs mit jährlich drei Millionen Erkrankungen zu einem der wichtigsten Gesundheitsprobleme der EU gehört.

In Anbetracht der Verschiedenartigkeit der Gesundheitssysteme möchte die slowenische Ratspräsidentschaft orientierende Leitlinien für Maßnahmen der Mitgliedstaaten und für Maßnahmen auf EU-Ebene annehmen. Auf EU-Ebene könnten etwa Investitionen in Forschung eine professionellere Versorgung der Patienten unterstützen und die Lebensqualität von Patienten verbessern. Vom 7.-8. Februar wird die Präsidentschaft in Brdo eine Expertenkonferenz zum Thema „Krebs“ veranstalten.

Slowenien möchte außerdem die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs verstärken, der bei den frühzeitigen Todesursachen in der EU an dritter Stelle steht. Hier soll der Austausch von „Best Practice“ – beispielsweise bei innovativen Maßnahmen zur Reduzierung alkoholbedingter Unfälle – vorangetrieben werden.

Der Bereich IT im Gesundheitswesen ist ein weiterer Schwerpunkt der Präsidentschaft. Hier plant das slowenische Gesundheitsministerium eine Expertenkonferenz unter dem Titel „e-Health“, die vom 5.-6. Mai in Portorož stattfinden wird. Im Mittelpunkt der Konferenz stehen der verbesserte Informationsaustausch zwischen Gesundheitseinrichtungen und schnellere Behandlungsmöglichkeiten.

Weitere Themen sind die geplante EU-Gesundheitsdienstleistungsrichtlinie, die die Rechte der Patienten bei grenzüberschreitender Inanspruchnahme medizinischer Leistungen kodifizieren soll und die Bereiche Organspende und –transplantation.

Die an sich schon für November 2007 angekündigte EU-Gesundheitsdienstleistungsrichtlinie stand zwar am 19.12.2007 bereits auf der Tagesordnung der Kommission, wurde jedoch in letzter Minute wieder heruntergesetzt, da die Diskussionen zu ihrem letztlich Inhalt noch andauern. Ein neuer Termin steht noch nicht fest, sicher ist aber, dass ein Beschluss des Kollegiums der Kommissare vor Februar nicht zu erwarten ist.

Mit Blick auf die abgebrochenen Verhandlungen zur EU-Arbeitszeitrichtlinie kann noch nicht sicher gesagt werden, ob Slowenien nach den Portugiesen einen erneuten Anlauf für einen Kompromissversuch starten wird oder ob erst die nachfolgende französische Präsidentschaft die Verhandlungen wieder aufnimmt.

Zuletzt war ein Kompromiss im Ministerrat am 5.12.2007 gescheitert, da eine Einigung - vor allem mit Blick auf die auch von deutscher Seite befürwortete Opt-Out-Klausel - nicht erzielt werden konnte.

Beschäftigungskommissar Spidla hatte im Vorfeld damit gedroht, bei Scheitern der Verhandlungen den Vorschlag gänzlich zurückzuziehen und einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Ob dies nun tatsächlich erfolgt, und wie ein neuer Vorschlag ggf. aussehen würde (z.B. eine Ausgliederung nur des Verhandlungspunkts „Bereitschaftsdienst“), ist derzeit noch Gegenstand der kommissionsinternen Beratungen.

Beraten wird auch über die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren durch die Kommission gegen Mitgliedstaaten, die die Richtlinie nicht zutreffend umgesetzt haben. In diesem Zusammenhang wird der geplante Kommissionsbericht zur Umsetzung der EU-Arbeitszeitrichtlinie in den einzelnen Ländern, der eigentlich Ende 2007 veröffentlicht werden sollte, erst im Laufe des ersten Halbjahrs 2008 zu erwarten sein.

KU Gesundheitsmanagement, 02/2008

Sandra Barghoorn, BFS Europa-Service, Büro Brüssel.